

# Herr Moldenhauer kündigt weiteren Unterstüßungsraub an

## Maffensteuern auf Bier, Mineralwasser usw. vom Reichsrat genehmigt

Der Reichsrat hat am Sonnabend das von der Reichsregierung vorgeschlagene Steuerprogramm genehmigt. Bekanntlich soll darunter eine Erhöhung der Tabaksteuer mit einer Mehreinnahme von 32 Millionen, Zuckerversteuerung um 9 Millionen, Mineralwasser 10 Millionen und die Erhöhung der Biersteuer.

Inzwischen ist Herr Moldenhauer nicht müde gewesen und hat am Sonnabend in Hamburg weitere Pläne seiner Finanzreform entwickelt, um sie alsbald seinen sozialdemokratischen Regierungsgesellen vorzulegen. Der wichtigste Teil seines Ausführens besagt sich auf die Arbeitslosenversicherung, die der Reichspartiammission gegenmütig eine Prüfung unterzieht, um festzustellen, in welchem Umfang in der Verwaltung „Ersparnisse gemacht und Mißbräuchen entgegengetreten werden“ kann.

Politisch lautet dieses Prüfungsverfahren auf eine weitere Einschränkung der sozialen Rechte der Gewerkschaften hinaus. Herring hat nicht umsonst bei der Gründung des Republikanischen Bundes die 10 Millionen Gewerkschaften eingeworben. Statt Prof. Volz' Entwurf ist das Programm der großen Koalition, wobei die Arbeitslosenversicherung dem sozialdemokratischen Finanzminister Moldenhauer und dem sozialdemokratischen Finanzminister Severing vollkommen ist.

## Auch die unteren Beamten sollen dran glauben

### Urteat der Bürger-Regierung auf die Junglehrer

In der „Täglichen Staatszeitung“ wird eine Verordnung veröffentlicht, in der die bereits angekündigte Einführung des Probejahres für Schulausbewerber an den Volk- und Berufsschulen veröffentlicht wird. Danach sollen alle nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung vom 17. Juni 1925 oder vom 16. Februar 1925 oder vom 22. August 1925 ausgebildeten Junglehrer, die nach dem 31. März 1930 in den

Schuldienst eintreten, während des Probejahres einer Volk- oder Berufsschule in ihrem Gehalt auf 150 Mark herabgesetzt werden. Die Regierung kündigt bei dieser Verordnung auf die bekannte Regelung der Studienreferendare. Diese Verordnung ist unzulässig. Sie soll jedoch die Bahn irreführen für weitere Sparmaßnahmen auf Kosten der unteren Beamten. Die Studienreferendare erhalten nur deswegen eine geringere Vergütung während des Probejahres, weil sie eine mögliche Dienstzeit von insgesamt 6 Stunden haben, während die Junglehrer aber ihre volle Pflichtstundenzahl erfüllen müssen.

Die unteren Beamten müssen auf das jährliche gegen die Wähler der „nationalen, antimarxistischen“ Bürger-Regierung protestieren, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, in nächster Zeit für alle Dienststellen dieselbe „Sparmaßnahme“ hinnehmen zu müssen.

## Bürokratie gegen Kündigung der Hungertarife

### Hamburg, 17. März. (Eig. Drahtmeldung)

In einer gestern abgehaltenen Vertrauensmannerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die zum Sekretariat der Eisenindustrie Norddeutschland Stellung nahm, wurde beschlossen, den Sekretariat nicht zu kündigen, wegen schlechter Lage in dieser Industrie. Trotzdem diese Kündigung von dem Gewerkschaftssekretariat zugelassen werden und die oppositionellen Vertrauensleute ausgeschlossen waren, wurde eine starke Minderheit gegen diesen schändlichen Beschluß. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretariate wurden alles aufzuheben, um ihre Minderheit, die Kündigung des Sekretariats nicht vorzunehmen, durchzusetzen. Die bürgerliche Presse nennt diesen Beschluß einen „Beschluß gewerkschaftlicher Beamtenschaft und Parteiführer“.

# 150 rote Betriebsratslisten in Sachsen

Der Landtag des revolutionären Gewerkschaftsoppositionen stellt sich das Ziel, in 150 Betrieben Sachsen rote Betriebsratslisten aufzustellen. Dieses Ziel hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht nur erreicht, sondern weit überschritten. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten sind in 142 Betrieben rote Listen aufgestellt. Wichtigste Unterbesitzer wie Embach, Delonitz, Böhm, Kallenberg und Wenzel, haben die Zahl der eingereichten roten Listen noch nicht gemeldet. Dazu kommt noch, daß bei der Reichsbahn die Betriebsratslisten erst Mitte Mai fertig sind und die Einreichung der Listen erst Anfang Mai geschieht.

Diese erfolgreiche Aufstellung roter Listen ist um so höher zu bewerten, da gerade in der letzten Zeit eine infame Debatte der sozialdemokratischen Betriebsräte gegen die revolutionären Arbeiter einsetzte und man dazu überging, die roten Betriebsratslisten abzubauen zu denuncieren, um sie zur Entlassung zu bringen. Man meinte sich selbst nicht, die roten Kandidaten in ihren Wohnungen auszuheben und verhaftete sie Hundstunde, um sie vom Küstern von der roten Liste zu bringen.

Betrachtet man die Betriebe, in denen rote Betriebsratslisten aufgestellt wurden, so findet man, daß es die wichtigsten Großbetriebe sind. Im Industriegebiet Dresden haben rote Listen bei der Straßenbahn, bei Seidel und Kautmann, Anton Reiche, Billerow, Hoff, Sulzger, Deutsche Werkstätten Seiffers, Gassowert, Elmert, Schumann usw. aufgestellt.

Im Hüttengebiet brachte die Wahl bei Hoersch einen großen Erfolg, und die Wahlen in dem größten Betrieb des Hüttengebietes, bei Kütner, führten ebenfalls mit einem Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aus.

### Welche Lehren haben wir uns jetzt zu ziehen?

In den Betrieben, wo ein revolutionärer Vertrauensmannschaft besteht, wo dieser Vertrauensmannschaft nicht nur ein Wahlprogramm aufgestellt ist, sondern dazu übergegangen, den Kampf um die Beseitigung der Arbeiterkammer einzusetzen, zeigte sich, daß die Reformisten statt im Hinterfeld bei der Aufstellung der Betriebsratslisten kamen und die Arbeiter der oppositionellen Kandidaten ihre Zustimmung gaben. Das trifft besonders auf die Dresdener Straßenbahn zu, wo alle Bemühungen der Reformisten scheiterten, die Arbeiterkammer in Gegenwart zu dem oppositionellen Betriebsrat zu bringen. Die Dresdener Straßenbahn haben in verschiedenen Versammlungen den Reformisten eine klare Antwort erteilt werden lassen.

Der Erfolg bei Hoersch ist auf die gute Arbeit der oppositionellen Arbeiter im Betrieb zurückzuführen, die ohne Scheitern die von dem Reichstagsrat der RGO beschlossene Wahl durchführten und jede arbeitereindliche Handlung des reformistischen Betriebsrates sofort an den Pranger stellten.

Auch in den anderen Betrieben, wo ein revolutionärer Vertrauensmannschaft besteht und dieser sich nicht nur auf die Beseitigung der Arbeiterkammer beschränkt, sondern eine starke ideologische Bearbeitung der Arbeiterkammer durchführte und dem Druck der Reformisten Widerstand leistete, zeigte es sich, daß die Arbeiter sich für die Beseitigung der Arbeiterkammer entschieden.

Starke Schwankungen waren bei den Genossen von Grotzsch festzustellen. Es bedurfte mehrerer Sitzungen, um die Genossen von der Wichtigkeit unserer Taktik zu überzeugen. Als die Genossen dann zustimmten, war dies nichts weiter als eine Schein, denn im letzten Moment wichen sie vor der Einreichung der roten Liste zurück. Dasselbe war bei Grotzsch der Fall.

Über alle Mängel und Schwächen, die bei der Aufstellung der roten Listen in Erscheinung getreten sind, können den persönlichen Erfolg der revolutionären Opposition nicht schmälern. In zahlreichen Betrieben ist es uns gelungen, zum erstenmal einen Durchbruch zu machen. Die Reformisten verstanden durch die Anwendung aller Mittel die aufgestellten roten Kandidaten in letzter Stunde noch zum Rücktritt zu bewegen. In einzelnen Fällen hatten sie Erfolg. Hier liegt die Schuld an uns, da wir nicht genügend verstanden, die Kandidaten so fest von der Wichtigkeit unserer Taktik zu überzeugen, daß sie jeden Gedankenschwankungsversuch handgehabt hätten.

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl. Es gilt, unsere Kräfte zu verdoppeln, um den roten Listen zum Sieg zu verhelfen. Wir wissen, daß der Kampf hart ist, aber gerade deshalb gilt es, konsequent den beschrittenen und einzig richtigen Weg zu gehen. Die Betriebsratswahlen als Kampfwahl durchzuführen. Bei den Demonstrationen am 4. und 18. März hat die Arbeiterschaft den bewaffneten Paragrafen getraut und den Belagerungszustand durchbrochen. Laufende Arbeiter haben zur Partei, demonstrierten mit uns, bekamen sich zu unseren Forderungen. Jetzt heißt es auch den Durchbruch in den Betrieben fortzuführen.

Reformistische Betriebsräte sind die Stützen des Unternehmertums, die Verächter des Wirtschaftslebens, die Diabolisatoren des Streikrechts, die Freunde der Großen Koalition. Rote Betriebsräte sind die Stützen des revolutionären Kampfes um Arbeit und Brot, die Organisatoren für die Durchführung des Kampfes um mehr Lohn, um Beseitigung der Arbeiterkammer, um die Erringung besserer Arbeitsverhältnisse, um die Kampfesorgane für alle Arbeiter in den Betrieben.

Die Entscheidung für die Arbeiter ist darum nicht schwer, und kann nur lauten:

Bei den Betriebsratswahlen wird nur die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition, werden nur rote Betriebsräte gewählt.

## Betriebsrätefrage im Ruhrgebiet

Die Neuwahl des Betriebsrates im Umkleebetrieb Faber im Duisburger-Ruhrrevier führt zu einem völligen Sieg der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die oppositionelle Liste, auf der als Spitzenkandidat benannte Struth hand, der wegen seiner Teilnahme am Reichstagsrat der RGO von den Sozialistenspartei aus dem Verlebensbund ausgeschlossen wurde, wurde einstimmig gewählt. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition besteht damit den gesamten Betriebsrat.

Dieses Wahlergebnis ist um so höher zu bewerten, da die Hüttenarbeiter hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert sind, so daß sich also hier die organisierten Arbeiter geschlossen hinter den ausgeschlossenen Spitzenkandidaten stellten, trotz der insinuierten Hege der Gewerkschaftsbürokratie des Verlebensbundes, die erklärt hatte, daß die rote Liste nicht gewählt werden könne, da „Unorganisierte“ auf ihr kandidierten.

Auf der Liste Da Hübisch hatte die Betriebsratswahl einen starken Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Das Ergebnis lautet: Liste des RGO 1982 (im Vorjahr 1584), Liste der Gewerkschaftsopposition 361 (-), Christen 756 (684). Dieses Ergebnis zeigt, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auch auf dieser früheren Hochburg der Reformisten und Christen den ersten Durchbruch erreicht hat. Es mahnt aber, mit dem Kampfe gegen die Sozialistenspartei auch gleichzeitig den härtesten Kampf gegen die christlichen Arbeitervertreter zu führen.

## Das Wahlergebnis der Berliner Verkehrs-AG

### Aufgang oppositioneller Stimmen — Erste Lehren für unsere Klassenarbeit

Am Sonnabend fanden die Betriebsratswahlen bei der Berliner Verkehrs-AG statt. Die Stimmen verteilten sich folgendermaßen: Liste 1 (SPD) 10140 gleich 15 Sitze im Arbeiterparlament; Liste 2 (Gewerkschaft deutscher Eisenbahner) 1941 gleich 2 Sitze; Liste 3 (Deutschnationale) 1642 Stimmen gleich 2 Sitze; Liste 4 (Christen) 780 gleich 1 Sitz; Liste 5 (revolutionäre Opposition) 6317 gleich 9 Arbeiterparlament; Liste 6 (Nationalsozialisten) 1344 gleich 1 Sitz.

Im März vorigen Jahres erhielt die SPD-Liste 6034 Stimmen, die der Deutschnationalen 1811, der Christen 177, die rote Liste 10747, G. D. E. 1503.

Im August des vorigen Jahres fanden die Wahlen zu den Betriebsratparlamenten in den Berliner Verkehrsbetrieben statt. Die SPD-Liste erhielt damals 9917, die rote Liste 3155 Stimmen.

Die „Rote Fahne“ schreibt dazu u. a.: „Dieser Aufgang der oppositionellen Stimmen bei der Verkehrs-AG ist unabweislich in erster Linie auf die „Säuberungsaktion“ der Bratol und Rieger zurückzuführen. 2000 oppositionelle Arbeiter sind seit dem letzten Mal entlassen und über 1000 SPD- und Reichsbannerleute eingekerkert worden.“

Wir wären aber keine Bolschewiken, wenn wir nicht mit aller Klarheit und Offenheit erste Lehren aus dem Ergebnis der Wahlen bei der Verkehrs-AG ziehen würden. Wichtige Lehren könnten sich nur dann schädlich auswirken, wenn die Partei des deutschen Protektariats, die Kommunistische Partei, es nicht versteht, mit aller Richtigkeit und Konsequenz zu ziehen. Es besteht kein Zweifel daran: Der Mißerfolg ist bis zu einem gewissen Grad auf Mängel und Fehler

## Neue Bombenattentate

Über die schändlichen Bombenattentate in Freiheit  
In den letzten Tagen sind zwei neue Bombenattentate verübt worden, deren nähere Umstände denjenigen des vorigen Jahres gleichen. In beiden Fällen, sowohl beim Attentat in Oberloos wie in Neuenhütten, handelt es sich um sogenannte Stillemanntentate, deren Sprengwirkungen außerordentlich groß sind und nur durch Zufall nicht zur Entzündung gelangten.

Läter sind bisher keine festgestellt, jedoch vermutet die bürgerliche Presse, daß es Mitglieder der Kaff-Gruppe sind, die trotz Verhaftes, am vorjährigen Reichstagsattentat beteiligt zu sein, damals sofort wieder freigelassen wurden.

Viele neue Bombenattentate sind die Antwort der Kaffisten auf die Freilassung der Bombenattentäter vom vorigen Jahre. Keiner dieser Verurteilten ist bis heute verurteilt worden. Die schändlichen Organisationen, darunter die Nationalsozialisten, denen damals intime Verbindungen zu den Attentätern nachgewiesen wurden, können ungehindert weiterhinarbeiten. Herr Severing hat nur Zeit für die Zurückspülung seines Antikomunistengesichtes.

In der Arbeit des roten Arbeiterrats, der Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei in der Verkehrs-AG zum Ausdruck. In der Hauptsache handelt es sich hier um opportunistische Fehler, daneben um Fehler in der Organisation und ungenügende revolutionäre Massenarbeit.

Die Arbeit der kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsorganisationen in der Verkehrs-AG war unzureichend. Bisher ist der Apparat der roten Vertrauensleute nicht ausgebaut worden. Wir haben sehr wenig Fortschritte gemacht, um die Funktionen der Gewerkschaftsopposition zu heben. Wir haben Leute mit opportunistischen Kollegen zu heben. Wir haben auch bei Aufstellung von Forderungen nicht immer und nicht in allen Fällen das ausgesprochen, was die große Masse der Arbeiterschaft für richtig und notwendig erachtet. Das sind Lehren der letzten Jahre, sie helfen vor die Partei, vor die revolutionäre Arbeit der Gewerkschaftsopposition die Aufgabe der radikalen Veränderung der Massenarbeit. Das, was jetzt die Wählenden von Hunderttausenden ist, muß zur Erkenntnis und Tat von Millionen und aber Millionen werden. Dazu gehört: Niemals, nicht auf eine einzige Minute, nicht in einem einzigen Fall den Kontakt mit den breiten Massen, das Bündnis mit den Werkstätten und Werkstätten, Betrieben und Büros zu verlieren.

Wir wissen, daß die Junge der sozialdemokratischen Elemente ein Nebenprodukt bei der Bourgeoisie und ihrer Profitgier hervorgebracht sind. Jeder Klassenbewußte Arbeiter aber weiß, daß unser Weg, der Weg der Eroberung der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft für die sozialistische Revolution, kein verachtlicher und einfacher sein kann. Gefährlich wäre es, wenn die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht mit aller Entschiedenheit aus diesem Nebenprodukt lernt.“

## In der eigenen Schlinge

Im Reichstagen Landtag wurden am Mittwoch die Anträge zum Neuanfang beraten. Bei der Abstimmung über den von den Nationalsozialisten eingebrachten Antrag, die bayerische Regierung solle im Reichsrat gegen die Annahme der Verfassung eines Einigungs herbeiführen, wurde dieser abgelehnt. Die Nationalsozialisten sagten sich selbst ihren eigenen Antrag der Stimme und zeigten so wiederum, daß ihr angeblicher Kampf gegen den Neuanfang nichts weiter besteht als eine unerschämte Heuchelei.

## Wieder ein Klassenurteil gegen einen kommunistischen Redakteur

Der berühmte 1. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am 14. März den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Richard Schulz, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr drei Monate Gefängnis. Der Urkunde lagen Artikel der „Roten Fahne“ vom 5. und 11. August zu Grunde, die zur Verhängung der kapitalistischen Republik am 11. August 1929 Stellung nahmen.

Dieses neue Klassenurteil zeigt, wie die kapitalistische Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterschaft mit der Annahme des Reichstagsgesetzes und der Verfassung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wagt. Die Arbeiterkammer muß sich als Antwort noch fester zusammenschließen und die Reihen der kommunistischen Partei stärken, um in geschlossener Front den Kampf gegen die Kapitalistenklasse führen zu können.

## Die Erweiterung der Auskauffläche in der Sowjetunion

Das sowjetische Außenministerium hat seine öffentlichen Organisationsorgane angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß bei der bevorstehenden Frühjahrssaison neben der Erweiterung der Auskauffläche auch die Kollektivwirtschaften um 50 Prozent auf eine Erweiterung der Auskauffläche der individuellen mittel- und kleinhäufigen Wirtschaften geteilt werde, da fast die Hälfte der Bauernwirtschaften die Auskauffläche vermindern werden. Zu diesem Zweck wird eine verstärkte Zusammenfassung der einzelwirtschaftlichen Auskauf durch den Staat, Unterstützung der wichtigsten Wirtschaften mit Saatgut usw. empfohlen.

Diese Maßnahmen werden in der Presse sehr kritisch erörtert. „Pravda“ schreibt: Der Staat hat an der Erweiterung der Auskauffläche und an der Vergrößerung der Menge marktgängiger Getreide, Rohstoffe, Waldwaren und Fleischprodukte bei den Einzelwirtschaften größtes Interesse, da die vorgelegten Wirtschaften noch nicht imstande sind, den gesamten Bedarf der Industrie und der wachsenden Städte zu decken.

Die deutsche bürgerliche und sozialdemokratische Presse verbreitete diese Nachricht mit den ausföhrlichsten Entstellungen und den lächerlichsten Kommentaren. Sie beruft sich dabei auf die aus der bekannten Rowner weltbürgerlichen Quelle der Telegraphenunion kommenden Versionen.

Die „Rote Fahne“ weist diese Meldung mit der deutschen Ueberschrift „Moskau kloppt Kollektivwirtschaften“. Weit gefehlt, ihr Herr! Der bolschewistische Kurs auf die vollständige Kollektivierung geht unabweislich weiter. Aber jedes Kind begreift, daß es, außer der bis zu 50 Prozent kollektivierten Landwirtschaft, noch etwa 50 Prozent individuelle, zum größten Teil mittel- und kleinhäufige Wirtschaften in der Sowjetunion gibt, die noch einen wichtigen Bestandteil des Wirtschaftssystems der Sowjetunion darstellen, den man nicht übersehen kann.

In diesem Augenblick steht die Saatkampagne im Mittelpunkt der praktischen Aufgaben. Von dem Umfang der Auskauf hängt sehr vieles in der Sowjetunion ab. Daher ist es nur selbstverständlich, daß neben den Kollektivwirtschaften auch die individuellen mittel- und kleinhäufigen Wirtschaften in das Programm der zu erweiternden Auskauf einbezogen werden müssen. Das ist eine ökonomische Notwendigkeit, die freilich denen mit dem antibolschewistischen Blick im Auge unbegreiflich ist.

## Ein Blutbad in Wien

Paris, 16. März. General Primo de Rivera, der kürzlich nach seinem Sturz nach Paris gekehrt hatte und seitdem in einem kleinen Hotel wohnte, ist am Sonntag ganz plötzlich gestorben.